



München, 06.12.2019

Lehrermangel in Bayern: Verhalten der Staatsregierung grenzt an Arbeitsverweigerung

SPD-Bildungspolitiker Strohmyr und Wild: Lehrkräfte müssen besser bezahlt werden - Hohe Abbruchquote beim Lehramtsstudium untersuchen

Die bildungspolitischen Sprecherinnen der SPD-Landtagsfraktion **Dr. Simone Strohmayr** und **Margit Wild** haben die Staatsregierung erneut aufgefordert, endlich etwas gegen den Lehrermangel in Bayern zu unternehmen. Anlass ist eine aktuelle Prognose der Kultusministerkonferenz, nach der sich der Lehrermangel in Bayern in den kommenden Jahren weiter verschärfen wird (siehe [hier](#)). Die SPD-Fraktion hat diesbezüglich bereits vor einem halben Jahr einen [Dringlichkeitsantrag](#) in den Landtag eingebracht. Geschehen ist seitdem aber nichts.

Der Lehrerberuf müsse vor allem attraktiver gemacht werden, fordern die beiden Politikerinnen, insbesondere durch eine bessere Bezahlung. So müssten alle Lehrerinnen und Lehrer in allen Schularten nach Tarif A 13 bezahlt werden. "Wir müssen wieder mehr Anreize schaffen, den Lehrerberuf zu ergreifen. Das geht natürlich am besten über die Bezahlung", erklärt Strohmayr. "Wenn wieder mehr Menschen den Beruf ergreifen, könnten mittelfristig aber auch kleinere Klassen realisiert werden."

Wild, die seit elf Jahren Mitglied im Bildungsausschuss des Landtags ist, unterstreicht: "Jahr für Jahr kommen die gleichen Hiobsbotschaften über den Lehrermangel an den bayerischen Schulen. Und was macht die Staatsregierung? Wegducken, relativieren und das Problem auf die lange Bank schieben. So kann es nicht weitergehen. Das grenzt an Arbeitsverweigerung. Die Staatsregierung muss jetzt endlich aktiv werden!"

Es müsse zudem der Frage nachgegangen werden, warum so viele Studierende das Lehramtsstudium abbrechen. Hier müsse dringend eine Studie in Auftrag gegeben werden. "Die Quote der Abbrecher ist überdurchschnittlich hoch. Was die genauen Gründe hierfür sind, ist

allerdings nicht hinreichend untersucht. Wir brauchen eine breit angelegte Befragung unter den Lehramtsstudenten, um hier gezielt gegensteuern zu können. Die Staatsregierung muss solch eine Studie zeitnah in Auftrag geben", fordert Strohmayer.

Info: Im Durchschnitt gehen über die Regelstudienzeit von neun Semestern etwa 50 Prozent der Studierenden verloren. Diese Zahl ergibt sich aus einer SPD-Anfrage zu Studierenden im ersten Semester und Zahlen vom Bayerischen Landesamt für Statistik zu Referendaren (siehe [Tabelle](#), [SPD-Anfrage](#), [Statistik Landesamt](#)).